

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Kontakto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Kellamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 10 Goldpf.

Nr. 283

Dresden, Donnerstag den 4. Dezember 1924

35. Jahrg.

Wirtschaftsdiktatur oder Volksherrschaft?

Von Tony Sender

Durch den Weltkrieg und die Unfähigkeit der Herrschenden, einen wahren Frieden zu schließen, haben sowohl die nationalen Volkswirtschaften wie auch das soziale, organisch gewordene Werk internationaler Arbeitsteilung schwere Erschütterungen erfahren, Krisen durchmachen müssen, die noch heute nicht vollkommen überwunden sind. Aber darum gibt sich der Kapitalismus keineswegs verloren. Er weiß auch in dieser Situation Auswege zu finden. Ganz gegen seinen individualistischen Standpunkt findet er sich zu Konzeptionen an den planwirtschaftlichen Gedanken bereit; in Form von Kartellen, Syndikaten und Trusts versucht er auf seine Art eine vorübergehende gesellschaftliche Regelung der Produktion. Doch läßt man sich durch das Entstehen dieser Gebilde nicht täuschen: sie unterscheiden sich von der bewußten Planwirtschaft des Sozialismus in ihrem Wesen dadurch, daß sie nur als Notmaßnahmen gedeutet, diktiert von dem Bestreben der Unternehmer, sich von den immanenten Gesetzen der kapitalistischen Privatwirtschaft zu emanzipieren. Es findet sich darin der immer härter und hemmender werdende Antagonismus (innere Widersprüche) der herrschenden Ordnung an, der wohl ein deutliches Zeichen dafür sein kann, daß der Zeitpunkt ihrer Überwindung immer näher rückt; doch wird diese Umwälzung nicht sozialistisch, unabweislich zu einem bestimmten Entwicklungspunkt sich vollziehen, sondern es wird auf die Erstarkung der lebendigen Gegenkräfte ankommen, auf das Heranreifen ihres Willens, Volkstreue der notwendigen Entwicklung zu sein.

Vorläufig bemüht sich das Kapital, den Folgen und Zerrüttungen des Weltkrieges durch energische organisatorische Maßnahmen zu begegnen. Zunächst im nationalen Rahmen. Das typischste Beispiel für Deutschland ist u. a. das Entstehen des neuen Kohlenkartells, das in einer Weise gebildet wurde, um zur vollkommenen Herrschaftsdomäne des großen Trustkapitals zu werden. Allein die Zinnaberggruppe beherrscht 18,89 Prozent der gesamten Produktion des Syndikats, und total 14 Großkonzerne der Schwerindustrie teilen sich in die Herrschaft von 80 Prozent der Gesamtproduktion!

Der Bildung des neuen Kohlenkartells schloß sich diejenige der Stahlkonvention an, und so waren die Voraussetzungen geschaffen, um auch über den nationalen Rahmen hinauszugreifen. Diefelben Kerne und Parteien, die jetzt noch im Kampf die chauvinistische Trommel rühren, gegen den ausländischen „Feindbund“ haben und den Haß anderer Nationen predigen, sie gleichen jenen Pfaffen, von denen es im Volksmund heißt: „Sie predigen öffentlich Wasser und trinken heimlich Wein.“ Drum wäre es schon gut, wenn das schaffende Volk ein wenig Wollenstills Rat beherzigen wollte und ihnen nicht aufs Maul — sondern auf die Hände sehen wollte.

Denn während die nationalistischen Leidenschaften des Volkes neu geiztet und aufgepeitscht werden sollen, sitzen sie selber mit dem Landesfeind zusammen und beraten mit ihm, wie man am besten der Völker Haut gerben kann. Betonen über die Bildung eines deutsch-französischen oder europäischen Kartelltrusts. Damit bahnt sich die Bildung eines internationalen Kartellkongresses an, der bald zu einem wichtigeren Faktor der internationalen Politik werden soll als die Regierungen der betreffenden Staaten. Der Zweck ist zunächst die Aufteilung der Absatzgebiete, Kontingentierung der Produktion und schließlich die Errichtung einer Preisdiktatur.

Ist das nicht aber ein Grundstein zum Bau der Vereinigten Staaten von Europa? O nein, es ist nur eine Art Waffenstillstand zwischen den Konkurrenten, dessen Kosten die Verbraucher und die arbeitende Bevölkerung und politisch der Staat zu tragen haben werden. Fertigungsindustrie und Verbraucher werden die Opfer dieser großartigen Preisdiktatur sein und eine Bedrohung von ungeheuerlichem Ausmaß für das ganze politische Leben bleibt die Macht einer so riesenhaften industriellen Konzentration, die unabhängig von der Wirtschaft, Steuer- und Außenpolitik des Staates ihr Eigenleben führt.

Zu dieser wirtschaftlichen und politischen Bedrohung aber gesellt sich eine weitere: die sozialpolitische. Es bleibt das Verdienst der scharfzüngigen Deutschen Bergwerkszeitung, diese Absichten in einem Artikel offen enthüllt zu haben, als sie schrieb, daß auch auf diesem Gebiete eine internationale Verständigung stattfinden müsse. Deutschland in der Reaktion voran — so stellt er fest, denn es sei zuerst an die Einführung des Zehnstundentages heranzugehen. Der sei aber gefährdet, wenn er nicht in den andern Industrieländern ebenfalls eingeführt würde, da die Industriellen dieser Länder sich dann gegen indische sozialpolitische Scheuereifahrungen wenden würden. Das Ziel sei darum: Internationalisierung und damit Vereinerung des Zehnstundentages mit dem Ziel, eine aktionsfähige internationale Unternehmersonganisation aufzurichten, die ihre eigene Sozialpolitik diktiert und den Regierungen aufzuzwingen werden.

Die den Gedanken der Solidarität des internationalen Proletariats täglich in den Schmutz zu zerren bemüht sind, sie arbeiten daran, eine internationale Wirtschaft- und Ausbeutungsdiktatur gegen das eigene Volk aufzurichten.

In diesem Zusammenhang erst weiß man wohl zu würdigen, worum der Reichsverband der deutschen Industrie zu den Unternehmern schreien muß, und eine Kopfsteuer von 2 bis 4 M. auf den beschäftigten Arbeitnehmer von den

„notleidenden“ Industriellen erhoben hat, um dafür Mandate kaufen zu können. Der neue Reichstag soll möglichst viele Drachtpuppen des Trustkapitals aufweisen, um so zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt zu werden. Die eigentliche Politik würde dann in den nationalen und internationalen Trusts und Großkonzernen gemacht, die dem Unternehmertum ausgehaltenen Marionetten des Kapitals würden dem seine Schwierigkeiten entgegensetzen.

Aber die Hand- und Klopfsarbeiter Deutschlands haben es in der Hand, eine solche Ausschaltung der Volksvertretung zu verhindern, die unfauberen Pläne der internationalen

Nationalisten zu durchkreuzen. Sie wissen nun, was ihnen droht. Und darum sei sich ein jeder bewußt, es geht nicht nur um die Frage: Republik oder Monarchie, Belohnung der arbeitenden Massen oder der Ausbeuter und Reichen — es geht diesmal um den Sinn des Parlamentes schlechthin: um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes! Und es geht für die arbeitende Bevölkerung um die Entscheidung: Ausschaltung des Einflusses der Volksvertretungen und Errichtung der Wirtschaft- und Ausbeutungsdiktatur des internationalen Schwerkapitals — oder Niederringung der Macht der Trustmagnaten und Aufmarsch zur Eroberung der Rechte und der Herrschaft der Hand- und Klopfsarbeiter!

Erhöhte Bereitschaft!

Nur noch drei Tage trennen uns von der Entscheidung, mit der das deutsche Volk sein Schicksal auf Jahre hinaus bestimmt. Darum gilt es, in diesen letzten Tagen noch einmal alle Kräfte anzuspannen. Unsere Genossen und Anhänger müssen das höchste an Fähigkeit und Willen aufbringen, um diese letzten Tage auszunützen und für die Sozialdemokratie zu werben. Alle noch anstehenden Veranstaltungen unserer Partei müssen zu wuchtigen Kundgebungen werden. Erhöhte Bereitschaft tut not. Wie das von den Deutschnationalen erfundene Perriots Dokument beweist, wälzt sich

eine Schlammflut von Lüge und Verdrehung

heran. Der rechte und der linke Volksherrschismus und die ganze kapitalistische Kamarilla versuchen, auf diesen Schlammfluten ihre Schiffe flottzumachen. In den kommunistischen und deutschnationalen Laboratorien wird fieberhaft getüftelt und gelocht, um noch in den letzten Tagen einen Wahlschwindel gegen die Sozialdemokratie loszulassen. Wir sagen das, um die Deffentlichkeit auf diese Anschläge der Lüge, der Verleumdung und des Wählerbetrugs von vornherein aufmerksam zu machen.

Jeder von uns muß alle Kräfte anspannen, um solch traurige List zunichtezumachen und der politischen Vernunft und Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Eine

Schlacht zwischen Reaktion und Freiheit, zwischen Kapitalismus und Sozialismus

ist zu schlagen, und die Fahne der sächsischen Sozialdemokratie muß in diesem Kampfe weit voranleuchten. In allen politischen Schlachten hat die sächsische Arbeiterschaft in den vordersten Reihen des Sozialismus gestritten; sie darf auch diesmal hinter anderen Freistaaten nicht zurückbleiben, wenn die Stimmen der Freiheit ausgezählt werden.

Genossen und Anhänger! Nützt jede Gelegenheit im Haus, in Werkstatt, Fabrik und Bureau, in öffentlichen Lokalen zur Propaganda für die Liste 1.

Schicksal und Zukunft des arbeitenden Volkes stehen auf dem Spiele. Denkt daran!

Korruption im Kaiserreich

SPD. Je näher der Wahltermin rückt, desto lebhafter werden in der Presse der Kommunisten und der Rechtsparteien die Vorwürfe gegen Beamte der Republik, daß sie in moralischer und sittlicher Beziehung unzuverlässig sind und der „Korruption“ zumindesht stark verdränglich seien. Diese „Kürsorge um die Reinlichkeit des öffentlichen Lebens“ sieht ja immer gut aus, wenn auch die Argumente im deutchnational-monarchistischen Lager darüber pfeiffig zu lächeln pflegen. Sie wissen ganz genau, wie kurz ihr Gedächtnis ist, wenn es sich um gewaltige Geschäfte ihrer eigenen Anhänger oder um noch viel Schlimmeres handelt. Es ist nötig, ihr Gedächtnis zuweilen ein wenig aufzufrischen. Wir wollen hier nicht einmal erinnern an den Schienenflüder-Prozess und an die mehrwürdigen, zu einem öffentlichen Skandal ausgearteten Beziehungen eines der konservativen unter den Konserativen, des Abgeordneten und späteren Postministers Generals v. Podbielski, zu den Geschäftsführern der Firma Toppelstein. Aber Tatsachen, die bis in die neueste Zeit reichen, und auf die Moral gewisser hiesiger deutschnationaler Kreise ein sehr trübes Licht werfen, mögen zu Ruh und Frommen der Mittelwelt hier verzeichnet werden.

Im Jahre 1913 wurden die Rückforderungen für deutsche Luftfahrer und ihre Hinterbliebenen in einer auf freiwillige Beiträge angewiesene „Luftfahrervereinstiftung“ gesammelt. Um diese Stiftung mit größeren Geldmitteln auszustatten, gründeten die leitenden Persönlichkeiten eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen „Luftfahrer-Dank G. m. b. H.“, die nach ihren Satzungen allerlei Geschäfte betreiben sollte, um Mittel zur Förderung der Luftfahrt und der Luftfahrervereinstiftung zu beschaffen. Diese G. m. b. H. wurde mit einem fiktiven Kapital von 20000 M. eingetragen. Die erwähnte Luftfahrervereinstiftung wurde im Februar 1915 in einen eingetragenen Verein umgewandelt, der den Namen „Luftfahrerverein G. m. b. H.“ annahm. Nach seinen Satzungen sollten die Mittel des eingetragenen Vereins durch vertragliche Überweisung des Meinertrages der „Luftfahrerverein G. m. b. H.“ oder ihrer Rechtsnachfolger beschafft werden. Diese Luftfahrerverein G. m. b. H. versicherte auf ihren Briefbogen regelmäßig: „Der Reingewinn nicht statutengemäß dem Luftfahrerdank zu“, oder „der Reingewinn dient der Luftfahrervereinstiftung“.

Durch diese Versicherung haben sich bedeutende Firmen und Vereine zu sehr verbunden. Ist in die Bestandsliste von Wahlgehenden Stiftungen bewegen lassen, um damit den Luftfahrern eine Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Mit dem patriotischen Mantelchen umgeben, gelang es der „Luftfahrerverein G. m. b. H.“ während des Krieges sehr bedeutende Geschäfte zu machen, namentlich auch Heeresaufträge zu erhalten und umfangreiche Vermittlungsgeschäfte abzuschließen. Als einem „Wohlfahrtsunternehmen“ war dieser Gesellschaft vom Bundesrat auch noch Steuerfreiheit gegeben worden.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde errichtet von einem gewissen Kasch und dem General Exzellenz von der Goltz. Lebenslänglicher einziger Verwaltungsrat war der General von der Goltz. Jeder Geschäftsteilhaber sollte die Hälfte des Stammkapitals einzahlen, also jeder 10000 M., aber weder Kasch noch der General Exzellenz von der Goltz haben auch nur einen Pfennig Stammkapital geliefert. Vielmehr begann die Gesellschaft ihre einträgliche Tätigkeit mit einem Betriebskapital von 5000 M., das die vorher bestehende nicht rechtsfähige Luftfahrervereinstiftung aus ihren Wohltätigkeitseinnahmen anleihen hatte.

Verdächtig erfindend ist die Art, wie die Teilhaber dieser Wohltätigkeitgesellschaft mit beschränkter Haftung aus der allgemeinen Liebesopferkammer ihre Privatgeschäfte gemacht haben. Nach den Satzungen der G. m. b. H. sollten von den Gewinnen der Gesellschaft zunächst höchstens 10 Prozent einem Reservefonds überwiesen werden, bis dieser die Höhe von 10 Prozent des Stammkapitals erreicht hatte. Danach sollten die Vereinnahmungen der Gesellschaft (die sie gar nicht gemacht hatten) bis 4 Prozent verzinnt werden und sodann die Geschäftsführer und die Angestellten die ihnen vertragsmäßig nicht satzungsgemäß festgesetzte Tantieme erhalten und schließlich der Rest des Reingewinnes den Wohltätigkeitseinnahmen des Deutschen Luftfahrerverbandes, später dem „Luftfahrerdank G. m. b. H.“ zufließen.

Kurz vor Kriegsausbruch hatte der Mitbegründer Kasch seine Anteile an der Gesellschaft, einem gewissen Kuffarth übergeben, der nun an seiner Stelle Geschäftsführer der G. m. b. H. wurde. Im April 1915 überließen die beiden Anhaber der G. m. b. H., Kuffarth und General Exzellenz von der Goltz, die Satzungen ihrer Gesellschaft, wonach außer den vorhererwähnten Abgaben für Reservefonds, Verzinntung und Tantiemen von dem relikierenden Gewinn der Gesellschaft erst 50 Prozent als Betriebskapital der Gesellschaft verbleiben und nur die übrigen 40 Prozent dem eingetragenen Verein überwiesen werden sollten!

Um welche Summen es sich dabei handelt, mögen folgende Zahlen erweisen: Vom Herbst 1914 bis 30. Juni 1915 hatte die Gesellschaft einen Reingewinn von 123 000 M., im Geschäftsjahre 1916/17 einen solchen von 76 878,99 M.